



Regierungsratsbeschluss vom 14. April 2015

Änderung des Berufsbildungsgesetzes (BBG): Stärkung der höheren Berufsbildung; Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

P150069

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF).

Begründung

Der Regierungsrat stimmt der Änderung des Berufsbildungsgesetzes zur Stärkung der höheren Berufsbildung, die das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) in eine Vernehmlassung gegeben hat, grundsätzlich zu. Die Bestrebungen des Bundes, die höhere Berufsbildung im Rahmen des Strategieprojekts «Stärkung der höheren Berufsbildung» besser zu positionieren, wird begrüsst. Die neue subjektorientierte Finanzierung für die Vorbereitungskurse durch den Bund gewährt sowohl die Freizügigkeit für die Studierenden als auch eine einheitliche Form und Höhe der Finanzierung und beseitigt damit eine Ungleichbehandlung gegenüber den höheren Fachschulen und dem Tertiär A Bereich. Allerdings erwartet der Regierungsrat, dass das neue Finanzierungsmodell die finanzielle Beteiligung der Kantone an den übrigen Leistungen der Berufsbildung nicht schmälert. Die Erhöhung der Finanzierung von Vorbereitungskursen soll tatsächlich vom Bund getragen werden und nicht zulasten der Kantone gehen. Die Bundesbeteiligung an den Auslagen der öffentlichen Hand soll deshalb entsprechend erhöht werden.

